

E i n l a d u n g

Gremium: Rat - öffentlich
Sitzungstermin: Dienstag, 17.02.2004, 17:00 Uhr
Ort, Raum: Schützenhalle Rastede, Mühlenstraße 33, 26180 Rastede

Rastede, den 05.02.2004

1. An die Mitglieder des Rates der Gemeinde Rastede

Hiermit lade ich Sie zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------------|--|---|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| TOP 3 | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.12.2003 | |
| TOP 4 | Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis
Vorlage: 2004/010 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 5 | Erlass einer Verordnung über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage nach dem Ladenschlussgesetz
Vorlage: 2004/020 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 6 | Neufassung der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Rastede
Vorlage: 2004/023 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |
| TOP 7 | 3. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Gemeinde Rastede vom 07.12.1993
Vorlage: 2004/024 | Berichterstatter: Bürgermeister Decker |

- TOP 8 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 72 - Loy (Teilbereich Sandkuhlenweg)**
Vorlage: 2003/297
Berichterstatter: Herr Duddeck
- TOP 9 2. Änderung Bebauungsplan Nr. 52 - Leuchtenburg Domsheide mit Aufhebung örtlicher Bauvorschriften**
Vorlage: 2004/018
Berichterstatter: Herr Duddeck
- TOP 10 Besetzung einer Stelle für eine hauptamtliche Frauenbeauftragte**
Vorlage: 2003/307
Berichterstatter: Bürgermeister Decker
- TOP 11 1. Satzung zur Änderung der Satzung über den Ersatz von Auslagen und Verdienstausfall sowie über Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und sonstige in der Gemeinde ehrenamtlich tätige Personen**
Vorlage: 2004/002 A
Berichterstatter: Bürgermeister Decker
- TOP 12 Bericht des Bürgermeisters**
- TOP 13 Schließung der Sitzung**

Anmerkung: Nach der öffentlichen Ratssitzung findet eine Einwohnerfragestunde statt, in der Bürgerinnen und Bürger allgemeine Anfragen an den Ratsvorsitzenden stellen können.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

gez. von Essen

1. stellv. Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2004/010**

freigegeben am

GB 2**Datum: 19.01.2004**

Sachbearbeiter/in: von Häfen, Meike

Berufung von Feuerwehrkräften in das Ehrenbeamtenverhältnis**Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	10.02.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	17.02.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Herr Horst Steenken wird mit Wirkung zum 29.04.2004 für die Dauer von 6 Jahren erneut in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Gemeindebrandmeister berufen.

Herr Frank Carstens wird mit Wirkung vom 09.07.2004 für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Feuerweereinheit Ipwege-Wahnbek berufen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 13 Absatz 2 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes werden Gemeindebrandmeister und Ortsbrandmeister sowie die stellvertretenden Gemeinde- und Ortsbrandmeister für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen. Über ihre Ernennung beschließt der Rat der Gemeinde nach Anhörung des Kreisbrandmeisters auf Vorschlag der Freiwilligen Feuerwehr.

Die Amtszeit des bisherigen stellv. Gemeindebrandmeisters Horst Steenken endet am 28.04.2004. In der Dienstbesprechung am 06.01.2004 hat sich die Mehrheit der Ortsbrandmeister und Stellvertreter für eine erneute Ernennung des Kameraden Steenken ausgesprochen. Es wird vorgeschlagen, Herrn Horst Steenken mit Wirkung vom 29.04.2004 erneut in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Gemeindebrandmeister für die Dauer von 6 Jahren zu berufen.

Die Amtszeit des stellv. Ortsbrandmeisters der Einheit Ipwege-Wahnbek, Rolf Dirks, endet am 08.07.2004. Da Rolf Dirks nicht zur Wiederwahl stand, wurde in der Jahreshauptversammlung am 15.01.2004 Herr Frank Carstens als Nachfolger gewählt.

Herr Carstens erfüllt die persönlichen und fachlichen Voraussetzungen für die Übernahme des Amtes. Es wird daher vorgeschlagen, Herrn Frank Carstens mit Wirkung zum 09.07.2004 in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellv. Ortsbrandmeister der Einheit Ipwege-Wahnbeck für die Dauer von 6 Jahren zu berufen.

Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen zusätzlich keine Kosten.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/020

freigegeben am 29.01.2004

GB 2

Sachbearbeiter/in: Ilona Bunjes

Datum: 29.01.2004

Erlass einer Verordnung über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage nach dem Ladenschlussgesetz

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	10.02.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	17.02.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Verordnung der Gemeinde Rastede über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Handels- und Gewerbeverein hat beantragt, aus Anlass des Frühjahrsmarktes am 28.03.2004, des City-Festes am 23.05.2004, des Kartoffelmarktes am 24.10.2004 und des Weihnachtsmarktes am 28.11.2004 verkaufsoffene Sonntage zuzulassen und diesbezüglich in der Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr die Ladenschlusszeiten aufzuheben.

Gem. § 14 Abs. 1 des Ladenschlussgesetzes kann die Gemeinde Rastede als zuständige Behörde aus Anlass von Messen, Märkten und ähnlichen Veranstaltungen jährlich höchstens vier Sonn- und Feiertage für den Geschäftsverkehr freigegeben.

Die Öffnungszeit der Verkaufsstellen darf dabei jedoch fünf zusammenhängende Stunden nicht überschreiten und muss spätestens um 18.00 Uhr enden. Ferner muss sie außerhalb der Hauptgottesdienstzeiten liegen.

Vor Erlass einer Rechtsverordnung sind im Interesse einer sachgemäßen und einheitlichen Handhabung insbesondere der Einzelhandelsverband, die Gewerkschaft, die in Frage kommende Kammer, sowie die Kirchengemeinden rechtzeitig zu hören. Die Stellungnahmen dieser Institutionen sind jedoch nicht bindend, die Entscheidung über den Erlass einer derartigen Verordnung obliegt letztendlich der Gemeinde.

Die Industrie- und Handelskammer, der Oldenburgische Einzelhandelsverband, die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft, die Ev. lutherische Kirchengemeinde Rastede und die kath. Kirchengemeinde St. Marien wurden um Stellungnahme gebeten.

Finanzielle Auswirkungen:

Es ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen.

Anlagen:

keine

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/023

freigegeben am 02.02.2004

GB 2

Sachbearbeiter/in: Unnewehr, Stefan

Datum: 02.02.2004

Neufassung der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Rastede

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	10.02.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	17.02.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Neufassung der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede – Straßenreinigungssatzung – wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Aufgrund einiger neu angelegter beziehungsweise ausgebauter Straßen im Gemeindegebiet war es notwendig, die Straßenreinigungssatzung zu überarbeiten. Weiterhin wurde die Satzung in einigen Punkten den aktuellen gesetzlichen Vorschriften angepasst. Die Änderungen sind in dem anliegenden Satzungsentwurf in blauer Farbe kenntlich gemacht.

Der Satzungstext wurde inhaltlich in § 3 Abs. 1 und 2 (Klarstellungen bei der Übertragung von Reinigungsaufgaben), § 4 (Mitführen von Hunden), § 5 (Reinigungsgebiet) und § 8 (Umstellung auf Euro) geändert.

Die zu ergänzenden Straßen wurden in den Anlagen aufgenommen.

Aus Übersichtsgründen und zur Vereinfachung der verwaltungsinternen Arbeit wurde auf den Erlass einer Änderungssatzung verzichtet; statt dessen wurde eine Neufassung für sinnvoll erachtet.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine finanziellen Auswirkungen.

Anlagen:

Satzungsentwurf

Satzungsentwurf (neu)
über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede - Straßenreinigungssatzung

Aufgrund der §§ 6 und 8 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 22.08.1996 (Nds. GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12.12.2003 (Nds. GVBl. S. 446) und des § 52 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der Fassung vom 24.09.1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 05.09.2002 (Nds. GVBl. S. 378) hat der Rat der Gemeinde Rastede am folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Allgemeines

Innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile betreibt die Gemeinde Rastede die Straßenreinigung als öffentliche Einrichtung für die in dem anliegenden Straßenverzeichnis A, das Bestandteil dieser Satzung ist, aufgeführten öffentlichen Straßen, Wege und Plätze. Die von der Gemeinde zu reinigenden Straßen werden in Reinigungsklassen eingeteilt. Die Zugehörigkeit einer Straße zu einer Reinigungsklasse wird bestimmt durch die Anzahl der vorgesehenen Reinigungen. Die Gemeinde bedient sich zur Reinigung eines privaten Unternehmers.

§ 2
Reinigungsverpflichtete

(1) Die Reinigungspflicht der Gemeinde Rastede umfasst die Fahrbahnen der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze, Gossen, Parkspuren und Seiten-, Rand-, Sicherheits- und Schutzstreifen.

Der Gemeinde Rastede obliegt ferner als öffentliche Aufgabe die Reinigung des gesamten Straßenraums vor Grundstücken, an denen ihr Nutzungsrechte im Sinne des § 3 Abs. 3 bestellt sind, und vor ihren eigenen Grundstücken in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen, soweit die Reinigungspflicht gemäß § 3 Abs. 3 nicht einem anderen obliegt.

(2) Soweit die Gemeinde Rastede die Straßenreinigung durchführt, gelten die Eigentümer der an die von der Gemeinde zu reinigenden Straßen angrenzenden und durch sie erschlossenen Grundstücke als Benutzer der öffentlichen Straßenreinigung. Für die Benutzung erhebt die Gemeinde Gebühren nach der besonderen Gebührensatzung.

§ 3
Übertragung von Reinigungsaufgaben

(1) Die Reinigung der **Gehwege sowie gemeinsamer Rad- / Gehwege, der Warteflächen am Ein- und Ausstieg an Bushaltestellen**, gleich ob und wie diese befestigt sind, wird für die im § 1 genannten Straßen, Wege und Plätze den Eigentümern der angrenzenden bebauten und unbebauten Grundstücken übertragen.

(2) Die Reinigungspflicht **einschließlich Winterdienst** obliegt den Eigentümern auch , wenn die Grundstücke durch **eine Mauer, Böschung, einen Graben, Grün- Trenn-, Seiten-Rand-, Sicherheits- und Schutzstreifen oder in ähnlicher Weise von den zu reinigenden Gehwegs- oder Straßenteilen** getrennt sind.

Dies gilt nicht, wenn das Grundstück von den zu reinigenden Straßen/-teilen durch ein Gelände getrennt ist, das weder dem öffentlichen Verkehr gewidmet noch Bestandteil der Straße ist.

(3) Den Eigentümern werden hinsichtlich der Pflicht zur Reinigung der Gehwege die Nießbraucher, Erbbauberechtigten, Wohnungsberechtigten (§ 1093 BGB) und Dauerwohnungs- bzw. Dauernutzungsberechtigten (§§ 31 ff Wohnungseigentumsgesetz) gleichgestellt. Die Reinigungspflicht dieser Verpflichteten geht der der Eigentümer vor. Mehrere Reinigungs-verpflichtete sind gesamtschuldnerisch verantwortlich.

(4) Die Abs. 1 und 2 gelten nicht für Grundstücke, deren Eigentümer die Gemeinde ist, sofern nicht einem anderen an diesen Grundstücken eines der in Abs. 3 genannten Nutzungsrechte bestellt ist.

Die Abs. 1 und 2 gelten ferner nicht für Grundstücke, an denen der Gemeinde eines der in Abs. 3 genannten Nutzungsrechte bestellt ist.

§ 4

Vertretung des Pflichtigen

Hat für die Reinigungspflichtigen mit Zustimmung der Gemeinde ein anderer die Ausführung der Reinigung übernommen, so ist nur dieser zur Reinigung öffentlichrechtlich verpflichtet. Die Zustimmung der Gemeinde ist jederzeit widerruflich.

Trifft bei Verunreinigungen die Reinigungspflicht nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften (zum Beispiel §17 NStrG, §32 StVO, VO über das Mitführen von Hunden in der Öffentlichkeit) zugleich einen Dritten, so geht dessen Pflicht zur Beseitigung der Verunreinigung vor, befreit den Eigentümer jedoch nicht von seiner Reinigungspflicht nach dieser Satzung.

§ 5

Reinigungsgebiet

(1) Für die in der Anlage B genannten öffentliche Straßen, Wege und Plätze innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile wird den Eigentümern der angrenzenden bebauten und unbebauten Grundstücke die Reinigung der **Gehwege sowie gemeinsamer Geh-/Radwege** und der Parkspuren sowie der Fahrbahn bis zur Mitte übertragen. Die Reinigungspflicht besteht ohne Rücksicht darauf, ob und wie die einzelnen Straßenteile befestigt sind.

(2) § 3 Abs. 2 bis 4 gelten entsprechend.

§ 6

Zu den im Zusammenhang bebauten Ortsteilen im Sinne dieser Satzung gehört das Gemeindegebiet, soweit darin die Wohnhäuser und Betriebsgrundstücke nebst den dazugehörigen Höfen, Wirtschaftsgebäuden und Hausgärten in einem räumlichen Zusammenhang liegen.

§ 7

Umfang der Reinigung

Art und Umfang der Reinigung sind in der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Gemeinde Rastede vom geregelt.

§ 8

Zu widerhandlungen gegen §§ 3, 4 und 5 dieser Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 6 Abs. 2 der Niedersächsischen Gemeindeordnung. Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu **5.000,00 €** geahndet werden.

§ 9

Inkrafttreten der Satzung

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede vom **13.10.1997** außer Kraft.

26180 Rastede, den

gez.
Decker
- Bürgermeister

(LS)

Anlage A

zu § 1 der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede - Straßenreinigungssatzung

Ort Rastede

- Achtern Nordpol (rechtsseitig bis Grundstück Haus Nr. 10, linksseitig bis Grundstück Haus Nr. 5)
- Am Hang
- Am Hankhauser Busch
- Am Horstbusch
- Am Kleinenfelde
- Am Mühlenhof
- Am Nordrand
- Am Stratjebusch (von der Feldbreite bis zur Einmündung der Eichenstraße, vom Voßbarg bis Haus Nr. 27)
- Am Wiesenrand (außer Weg Kleingartengelände)
- Am Winkel
- An der Bleiche (linksseitig von der Peterstraße bis zur Raiffeisenstraße und rechtsseitig von der Sophienstraße bis zur Raiffeisenstraße)
- An der Brücke (ausgenommen Haus Nrn. 7 bis 23)
- Anton-Günther-Straße
- Arndtstraße
- Auf dem Esch
- Auf der Raade
- August-Brötje-Straße (ausgenommen Haus Nr. 28)
- Bachstraße
- Bahnhofstraße
- Bahnweg (bis Haus Nr. 15)
- Baumgartenstraße
- Beethovenstraße
- Bogenstraße
- Brahmsstraße
- Breslauer Straße
- Brucknerstraße
- Buschweg (beidseitig von der Feldbreite bis zur Bahn, rechtsseitig von der Bahn bis zum Voßbarg, linksseitig von der Morissestraße bis zum Voßbarg)
- Carl-Rohde-Straße
- Christian-Ludwig-Bosse-Straße
- Danziger Straße
- Denkmalsplatz
- Diedrich-Freels-Straße
- Dobbenstraße
- **Domsheide**
- Düserweg (ausgenommen Genossenschaftsweg ab Haus Nr. 20)
- Eichendorffstraße
- Eichenstraße (ausgenommen Haus Nrn. 21-25 und 33)
- Elisabethstraße
- Farnweg
- Fasanenstraße

- Feldbreite (einschließlich Parkplatz Sporthalle)
- Finkenstraße (ausgenommen Haus Nrn. 4a, 4b und 4c)
- Föhrenkamp
- Friedhofsweg (einschließlich Parkplatz)
- Friedrichstraße
- Fuchsweg
- Gartenstraße
- Gloysteinstraße
- Gluckstraße
- Goethestraße
- Grasweg
- Haydnstraße
- Händelstraße
- Hebbelstraße
- Herderstraße
- Hermann-Allmers-Straße
- Hermann-Löns-Straße
- Hirschtorweg
- Hostemoster Straße (von der Raiffeisenstraße beidseitig einschl. Wendehammer)
- Hubertusstraße
- Im Kühlen Grunde
- Jan-Eilers-Straße
- Kleibroker Straße (bis Einmündung Horstbusch)
- Kolberger Straße
- Koppelweg
- Kögel-Willms-Straße
- Königsberger Straße
- **Königstraße**
- Ladestraße (~~von der Schloßstraße bis zur Bahnhofstraße rechtsseitig~~)
- Lessingstraße
- Leuchtenburger Straße
- Lindenstraße
- Lisztstraße
- Lortzingstraße
- Marienstraße
- Martin-Luther-Straße
- Morissestraße
- Mozartstraße
- Mörickestraße
- Mühlenstraße (bis einschließlich Haus Nr. 94)
- Oldenburger Straße (von der Südender Straße bis Haus Nr. 305 linksseitig, vom Eingang Schloss bis Haus Nr. 310 rechtsseitig)
- Ollerkamp
- Ostlandstraße (ausgenommen Haus Nr. 5, 6 und 8)
- Peterstraße (von der Bahnhofstraße bis zur Einmündung An der Bleiche beidseitig)
- Quellenweg (außer Haus Nr. 11, 14, 16 und 18)
- Raabestraße
- Raiffeisenstraße (von der Oldenburger Straße bis zur Einmündung Pantinenweg rechtsseitig)

- Raiffeisenstraße (von der Oldenburger Straße bis zur Informationstafel linksseitig)
- Reuterstraße
- Richard-Strauß-Straße
- Sophienstraße
- Spiekerstraße
- Springerweg
- Stettiner Straße
- Südender Straße (ausgenommen Haus Nrn. 62 und 64) einschließlich Parkbucht bei Haus-Nr. 18
- Schilfweg
- Schillerstraße
- Schloßstraße
- Schubertstraße
- Schumannstraße
- Schützenhofstraße
- Schwalbenstraße
- Taubenstraße
- Tegelbusch
- Thoradestraße
- Tonkuhlenstraße
- Uhlandstraße
- Uhlhornstraße
- Ulmenstraße
- von-Bodelschwingh-Straße
- von-Humboldt-Straße
- von-Kleist-Straße
- von-Weber-Straße
- Voßbarg
- Wagnerstraße
- Waldstraße
- Wilhelm-Behrens-Straße
- Wilhelm-Kraatz-Straße (von Am Stratjebusch bis Buschweg rechtsseitig)
- Wilhelmstraße
- Ziegelstraße
- Zum Ellern
- Zur-Windmühlen-Straße

Ort Wahnbek-Ipwege

- Ahornstraße (ausgenommen die Stichstraße mit den Grundstücken Haus Nrn. 5, 7a und 7b)
- Allerstraße
- Am Hogen Esch
- Am Nordkreuz
- Am Sportplatz (ausgenommen die Stichstraße mit den Grundstücken Haus Nrn. 9 a, b c, d, e, f)
- Am Turm
- Berneweg
- **Brombeerweg**
- Butjadinger Straße (bis Haus Nr. 106 und Nr. 113 beidseitig)
- Delmeweg
- Eibenstraße

- Elbestraße
- Emsstraße
- Fichtenstraße (ausgenommen die Stichstraßen mit den Grundstücken Haus-Nummern 5, 7, 9, 11, 13, 15 und 17)
- Fuldastraße
- Haarenstraße
- Hainbuchenstraße
- Haseweg
- Havelstraße
- Heckenstraße
- **Hesterkrugstraße**
- Hesterstraße (ab Haus Nr. 7 beidseitig)
- Hinter den Linden
- Huntestraße
- Jadestraße
- Jümmestraße
- Klein Feldhus
- **Klinkerstraße**
- Ledastraße
- Leineweg
- Lesumstraße
- Letheweg
- Luneweg
- Memelstraße
- Neißestraße
- Ochtumstraße
- Oderstraße
- Okerweg
- Ollenweg
- Osteweg
- Sandbergstraße
- **Schafjückenweg**
- Schulstraße (bis zur ehem. Bahn, außer rechtsseitig vom Goosbarg bis zur Bahn)
- Spreestraße
- Wapelstraße
- Werrastraße
- Weserstraße

Orte Hahn-Lehmden und Nethen

- Am Sternbusch (von der Bahn bis An der Lemmelheide)
- Amselstraße
- Am Waldrand
- Balsterhörn
- Heideweg
- Kornweg
- Lehmder Straße (von der Wilhelmshavener Straße bis zur Bundesbahn einschließlich ausgebauter Wendeweg)
- Lerchenstraße
- Lilienstraße

- Meenheitsweg (bis zur Einmündung Weißdornweg)
- Nelkenstraße (ausgenommen Haus Nr. 17 und 30)
- Paradiesstraße
- Pirolstraße
- Rosenstraße
- Sanddornweg (ausgenommen Haus Nrn. 8, 13, 15, 17, 19)
- Schlehenweg (vom Meenheitsweg bis zum Grundstück Haus Nr. 17 und Nr. 18 einschließlich Wendeplatz)
- Spechtstraße
- Spillestraße
- Stöltjestrade
- Tulpenstraße
- Wachtelstraße
- Wiefelsteder Straße (von der Wilhelmshavener Straße bis zum Heideweg rechtsseitig)
- Wilhelmshavener Straße (vom Nethener Weg bis zum Meenheitsweg linksseitig, von der Lehmder Straße bis Haus Nr. 234 Feuerwehr rechtsseitig)
- Zum Haltepunkt

Anlage B

zu § 5 der Satzung über die Reinigung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze in den zusammenhängend bebauten Ortsteilen der Gemeinde Rastede - Straßenreinigungssatzung

Ort Rastede

- Achtern Nordpol (nur die Stichstraße mit den Grundstücken Haus Nrn. 7, 9, 12, 14, 16 und entlang des Grundstückes Haus Nr. 5)
- Alte Landstraße
- Am Brink
- Am Brook
- **Am Heerweg**
- **Am Hingstkamp**
- Am Lüttjen Kamp
- Am Renkenkamp
- An der Bleiche (von der Peterstraße bis zur Sophienstraße rechtsseitig)
- An der Brücke (nur Haus Nrn. 7 - 23)
- An Hagendorffs Busch
- August-Brötje-Straße (nur Haus Nr. 28)
- **Bei der Landwehr**
- Buschweg (ab Bahn bis zur Einmündung Morissestraße linksseitig)
- Dietrich-Bonhoeffer-Straße
- Eichenstraße (nur Haus Nrn 21-25 und 33)
- Elektrizitätsweg
- Fabriciusstraße
- Fabrikweg
- Feigenhof
- Finkenstraße (nur Haus Nrn. 4a, 4b und 4c)
- **Graf-Huno-Straße**
- Graf-von-Galen-Straße
- Heidecksburgstraße

- Hostemoster Straße (Weg ab Wendehammer)
- Hülsenweg
- Jagdweg
- Jochen-Klepper-Straße
- Johann-Hinrich-Wichern-Straße
- Kleine Gasse
- Klocksweg
- Kösliner Straße
- ~~Ladestraße (von der Schloßstraße bis zur Raiffeisenstraße linksseitig, von der Bahnhofstraße bis zur Raiffeisenstraße rechtsseitig)~~
- Lehárstraße
- **Lauwstraße**
- Ostlandstraße (nur Haus Nr. 5, 6 und 8)
- Pantinenweg
- Pater-Kolbe-Straße
- Peterstraße (ab Einmündung An der Bleiche bis zur Anton-Günther-Straße beidseitig)
- Quellenweg (Haus Nr. 11, 14, 16 und 18)
- Rudolf-Bultmann-Straße
- Rudolstädter Straße
- Schmäler Weg
- Schnepfenweg
- Schwarzburger Straße
- Sondershausener Straße
- Stollenkamp
- Stormstraße
- Südender Straße (nur Haus Nrn. 62 und 64)
- Tannenweg (bis Haus Nr. 9 beidseitig)
- Thüringer Straße
- Töpferweg
- Töpkens Gang
- Wilhelm-Kraatz-Straße (von Am Stratjebusch bis Buschweg linksseitig)
- Zum Breen
- Zum Damm
- **Fußweg Am Heerweg / Bei der Landwehr**
- Fußweg Am Lüttjen Kamp/Zum Damm
- Fußweg Am Stratjebusch/Zum Breen
- Fußweg August-Brötje-Straße/Hermann-Allmers-Straße
- Fußweg Anton-Günther-Straße/Elektrizitätsweg
- Fußweg Bogenstraße/Schützenhofstraße
- Fußweg Bogenstraße/Ziegelstraße
- Fußweg Danziger Straße/Uhlandstraße
- Fußweg Haydnstraße/Am Horstbusch
- Fußweg Hebbelstraße/Stormstraße
- Fußweg Im Kühlen Grunde/Zum Ellern
- Fußweg Mühlenstraße/Im Kühlen Grunde
- Fußweg Oldenburger Straße/Auf der Raade
- Fußweg Oldenburger Straße/Taubenstraße
- Fußweg Oldenburger Straße/Anton-Günther-Straße/Wächters Gang
- Fußweg Oldenburger Straße/Raiffeisenstraße (Uhlhorn/Hinrichs)

- Fußweg Ostlandstraße/Schützenhofstraße
- Fußweg Raabestraße/Goethestraße
- Fußweg Raiffeisenstraße/Diedrich-Freels-Straße (Meyers Gang)
- Fußweg Rudolstädter Straße/Am Brook
- Fußweg Schumannstraße/Beethovenstraße
- Fußweg Thüringer Straße (Haus Nrn. 1-5)
- Fußweg Thüringer Straße/Rudolstädter Straße
- Fußweg Waldstraße/Am Hang
- Fußweg Wilhelm-Behrens-Straße/Raiffeisenstraße

Ort Loy-Barghorn

- **Am Hagen**
- **Braker Chaussee 193 bis 197**
- Dorfstraße (zwischen Hankhauser Weg und Ringstraße)
- Florianstraße
- Fünfhäuserweg
- Hankhauser Weg (zwischen Dorfstraße und Loyerbergstraße)
- **Kamphof**
- Osterbergstraße (zwischen Florianstraße und Fünfhäuserweg)
- Sandkuhlenweg
- Talweg

Ort Wahnbek-Ipwege

- Ahornstraße (nur die Stichstraße mit den Grundstücken Haus Nrn. 5, 7a und 7b und entlang der Grundstücke Haus Nrn. 3 und 9)
- Am Sportplatz (nur die Stichstraße mit den Grundstücken Haus Nrn. 9 a, b, c, d, e, f und entlang der Grundstücke Haus Nrn. 9 und 11)
- **Donaustraße**
- Feldstraße (von der Butjadinger Straße bis zur ehem. Bahn)
- Fichtenstraße (nur Stichstraßen mit den Haus Nrn. 5, 7, 9, 11, 13, 15 und 17)
- Hesterstraße (bis zum Haus Nr. 5 beidseitig)
- Hohe Brink (von der Butjadinger Straße bis Haus Nr. 8)
- Holunderweg
- Saalestraße
- Schulstraße (von Goosbarg bis zur ehem. Bahn rechtsseitig)
- Vogelbeerweg
- Weichselstraße
- Willehadstraße
- Fußweg Butjadinger Straße/Hinter den Linden
- Fußweg Feldstraße/Heckenstraße
- Fußweg Fichtenstraße/Hainbuchenstraße
- Fußweg Hainbuchenstraße/Am Sportplatz
- Fußweg Hainbuchenstraße/Fichtenstraße (am Spielplatz)
- Fußweg Saalestraße/Hohe Brink
- Fußweg Schulstraße/Weserstraße
- Fußweg Weichselstraße/Brombeerweg
- Fußweg Weichselstraße/Havelstraße
- Fußweg Weichselstraße/Regenrückhaltebecken
- Fußweg Weichselstraße/Schulstraße

Orte Hahn-Lehmden und Nethen

- Am Hahner Busch
- Am Ostermoor
- Am Sternbusch (von Wilhelmshavener Straße bis zur Bahn) An der Lemmelheide (von Am Sternbusch bis zur Haus Nr. 6a beidseitig)
- **Am Schießstand**
- Heinrich-Bruns-Weg
- **Hochbornteich**
- In der Senke
- Nethener Weg
- Sanddornweg (nur Haus Nrn. 8, 13, 15, 17, 19)
- Schlehenweg (nur Stichstraßen mit den Grundstücken Haus Nrn. 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34 und entlang der Grundstücke Haus Nrn. 17 und 18)
- Weißdornweg
- Werkstraße
- Wiesenweg
- Wiefelsteder Straße (von der Wilhelmshavener Straße bis zur Einmündung Am Waldrand linksseitig)
- Wilhelmshavener Straße (von der Wiefelsteder Straße bis zum Nethener Weg linksseitig)
- Zum Roten Hahn
- Zur Waage
- Fußweg Amselstraße/Pirolstraße
- Fußweg Meenheitsweg/Schlehenweg
- Fußweg Schlehenweg/Sanddornweg

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2004/024**

freigegeben am 02.02.2004

GB 2

Sachbearbeiter/in: Unnewehr, Stefan

Datum: 02.02.2004**3. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Gemeinde Rastede vom 07.12.1993****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	10.02.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	17.02.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Die 3. Verordnung zur Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung in der Gemeinde Rastede vom 07.12.1993 wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Aufgrund einiger neu angelegter beziehungsweise ausgebauter Straßen im Gemeindegebiet war es notwendig, die Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung der Gemeinde Rastede zu überarbeiten. Zusätzlich wurde die Verordnung in einigen Punkten den aktuellen, gesetzlichen Rahmenvorschriften angepasst. Das Niedersächsische Gefahrenabwehrgesetz (NGefAG) wurde im Dezember 2003 geändert in **Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG)**. Die Änderungen sind in dem anliegenden Verordnungsentwurf in blauer Farbe kenntlich gemacht.

Durch die teilweise neuen Formulierungen wurden zu reinigende Flächen konkretisiert beziehungsweise präzisiert.

Als Neuerung aufgenommen wurde die Reinigung kombinierter Geh- und Radwege und die Warteflächen am Ein- und Ausstieg an Bushaltestellen (§ 3 Abs. 3 VO).

In § 6 wurde die Bezeichnung Wintereinigung durch den Begriff Winterdienst ersetzt und in Abs. 1 die Mindestbreite der zu reinigenden Flächen von 1,0 Meter auf 1,5 Meter erhöht.

In § 6 Abs. 3 wurde aufgenommen, dass der Winterdienst über Tag bis 20.00 Uhr „bedarfsgerecht“ zu wiederholen ist.

Der Verordnungsentwurf wurde gemäß § 62 Abs. 1 Nds. SOG dem Rasteder Polizeikommissariat zur Stellungnahme sowie der Fachaufsichtsbehörde, dem Landkreis Ammerland, zur Prüfung übersandt.

Gegen die Verordnung in der vorliegenden Entwurfsfassung bestanden seitens der Polizei keine Bedenken. Die Stellungnahme des Landkreis Ammerland steht noch aus.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine finanziellen Auswirkungen.

Anlagen:

Verordnungsentwurf

3. Verordnung vom
zur Änderung der Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung
in der Gemeinde Rastede vom 07.12.1993.

Aufgrund der §§ 1, 54 und 55 Abs. 1 Ziffer 1 des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds. SOG) in der Fassung vom 20.02.1998 (Nds. GVBl. S. 101), zuletzt **geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.12.2003 (Nds. GVBl. S. 414)** hat der Rat der Gemeinde Rastede am folgende Verordnung für das Gemeindegebiet beschlossen:

§ 1

Die Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung der Gemeinde Rastede vom 07.12.1993 wird wie folgt geändert:

1. § 2 erhält folgende Fassung:

Die Reinigungspflicht der Gemeinde Rastede umfasst die Fahrbahnen oder solche Flächen, die den Fahrbahnen entsprechen. Ferner die Radwege, Parkstreifen und Haltebuchten, Mehrzweckstreifen, Straßenrinnen, Grün-, Trenn-, Seiten-, Rand-, Sicherheits- und Schutzstreifen entsprechend den anliegenden Straßenverzeichnissen A und C. Zur Reinigungspflicht gehört auch der Winterdienst nach einem dafür aufgestellten Räum- und Streuplan.

2. § 3 Abs. 1a) erhält folgende Fassung:

bei den in Anlagen A und C aufgeführten Straßen, Wegen und Plätze, **die Gehwege sowie gemeinsame Geh- und Radwege, die Warteflächen am Ein- und Ausstieg an Bushaltestellen** unabhängig davon, wie sie befestigt und von der Fahrbahn abgegrenzt sind.

3. § 3 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Die Reinigungspflicht einschließlich Winterdienst obliegt den Eigentümern auch , wenn die Grundstücke durch eine Mauer, Böschung, einen Graben, Grün- Trenn-, Seiten- Rand-, Sicherheits- und Schutzstreifen oder in ähnlicher Weise von den zu reinigenden Gehwegs- oder Straßenteilen getrennt sind.

Dies gilt nicht, wenn das Grundstück von den zu reinigenden Straßen/-teilen durch ein Gelände getrennt ist, das weder dem öffentlichen Verkehr gewidmet, noch Bestandteil der Straße ist.

4. § 5 Absätze 2 und 3 erhalten folgende Fassung:

2) Eine weitere, unverzügliche Pflicht zur Reinigung besteht, wenn durch Verunreinigung Gefahrenquellen entstehen können. Dasselbe gilt für Verunreinigungen, die nach An- und Abfuhr von Erden, Abfall, Brennstoffen, Baustoffen oder dergleichen, durch Bauarbeiten, Unfälle oder Tiere entstehen.

3) Ist eine Verunreinigung entstanden, die vom Reinigungspflichtigen nicht unverzüglich beseitigt werden kann, so ist der Ort der Verunreinigung zu sichern und die Gemeinde unverzüglich zu benachrichtigen.

5. § 6 „**Winterdienst**“ Absätze 1 und 3 erhalten folgende Fassung:

1) Gehwege sowie gemeinsame Rad-/Gehwege mit einer geringeren Breite als 1,5m sind in ganzer Breite, die übrigen mindestens in einer Breite von 1,50m bei Schneefall zu räumen und bei Schnee und Eisglätte zu bestreuen.

Ist ein Gehweg nicht vorhanden, so ist ein 1,50m breiter Streifen neben der Fahrbahn, oder wo ein Seitenraum nicht vorhanden ist, am äußersten Rand der Fahrbahn oder auf einem Mehrzweckstreifen von Schnee zu räumen und bei Glätte zu bestreuen.

Ist über Nacht Schnee gefallen oder Glätte entstanden, muss der Winterdienst so rechtzeitig begonnen werden, dass er werktags mit dem Beginn des zu erwartenden Fußgängerverkehrs, spätestens aber um 7.30 Uhr, an Sonn- und Feiertagen bis spätestens 9.00 Uhr, beendet ist.

3) Der Winterdienst ist über Tag bis 20.00 Uhr bedarfsgerecht zu wiederholen. Die durch Winterdienstfahrzeuge unvermeidbar, auch wiederholt entstehenden Schnee- und Eiswellungen befreien den Eigentümer und die dem Eigentümer gleichzustellende Personen nicht von dem ihm obliegenden Winterdienst nach der Verordnung.

§ 8 letzter Satz wird wie folgt geändert:

Die Ordnungswidrigkeit kann gem. § 59 Abs. 2 Nds. SOG mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 € geahndet werden.

Folgende Straßen werden gestrichen:

Anlage B

Ort Rastede

- ◆ Ladestraße (von der Schloßstraße bis zur Raiffeisenstraße linksseitig, von der Bahnhofstraße bis zur Raiffeisenstraße rechtsseitig)

Anlage C

Ort Rastede

Ladestraße (von der Schloßstraße bis zur Bahnhofstraße rechtsseitig)

Folgende Straßen werden neu aufgenommen:

Anlage A

Ort Rastede

- Domsheide
- Königstraße
- ◆ Ladestraße

Ort Wahnbek - Ipwege

- Brombeerweg
- Hesterkrugstraße
- Schafjückenweg

Anlage B

Ort Rastede

- Am Heerweg
- Am Hingstkamp

- Bei der Landwehr
- Fußweg Heerweg/Bei der Landwehr
- Graf-Huno-Straße
- Lauwstraße

Orte Wahnbek und Ipwege

- Donaustraße
- Willehadstraße

Orte Hahn-Lehmden und Nethen

- Am Schießstand
- Hochbornteich

Orte Loy – Barghorn

- Am Hagen
- Kamphof

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

26180 Rastede,

gez.
Decker
- Bürgermeister

(LS)

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2003/297**

freigegeben am 23.12.2003

GB 3

Sachbearbeiter/in: Zech, Guido

Datum: 07.01.2004**Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 72 - Loy (Teilbereich Sandkuhlenweg)****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	19.01.2004	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	27.01.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	17.02.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage, sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 19.01.2004 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 72 - Loy (Teilbereich Sandkuhlenweg) nebst Begründung wird beschlossen.
4. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorzunehmen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 18.11.2003 (Beschlussvorlagen Nr. 2003/243) ist die öffentliche Auslegung in der Zeit vom 02.12.2003 bis 02.01.2004 durchgeführt worden. Außerdem hat auch die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) stattgefunden. Die Abwägungsvorschläge sind dieser Vorlage als Anlagen beigelegt. Wesentliche Anregungen oder Bedenken haben sich nicht ergeben.

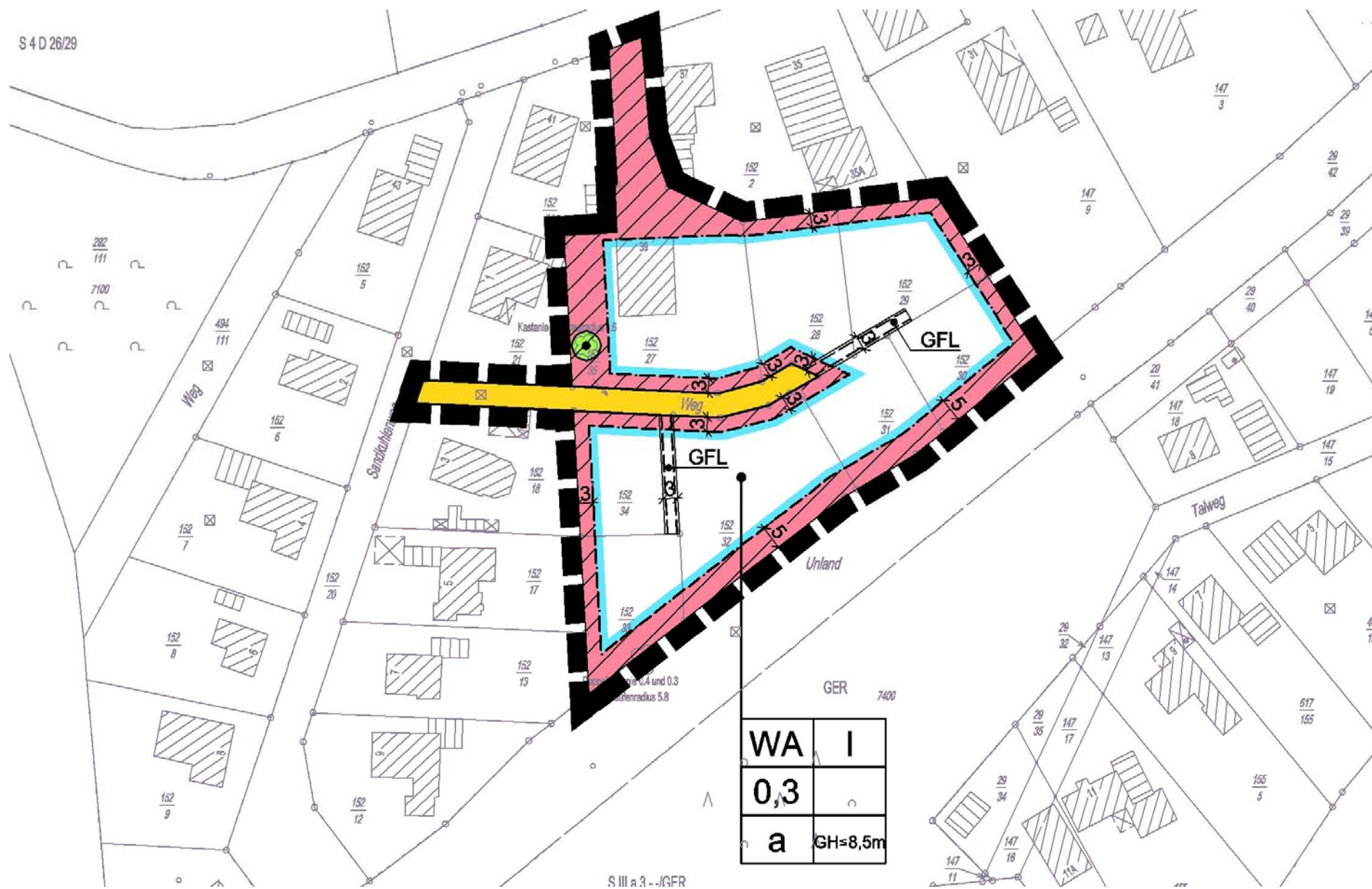
Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Planzeichenerklärung
3. Textliche Festsetzungen und Hinweise
4. Abwägungsvorschlag



PLANZEICHENERKLÄRUNG

1. Art der baulichen Nutzung



Allgemeines Wohngebiet

2. Maß der baulichen Nutzung

0,3 Grundflächenzahl

I Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß

GH=8,5m Höhe baulicher Anlagen als Höchstmaß

3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen

a abweichende Bauweise



Baugrenze



überbaubare Fläche

nicht überbaubare Fläche

6. Verkehrsflächen



Private Straßenverkehrsfläche



Straßenbegrenzungslinie

13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen oder Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft



zu erhaltender Baum

15. Sonstige Planzeichen



mit Geh-, Fahr-, und Leitungsrecht zu belastende Flächen zugunsten der Anlieger sowie für Ver- und Entsorgungsträger



Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Textliche Festsetzungen

1. Im WA-Gebiet (§ 4 [3] BauNVO) sind gemäß § 1 [6] BauNVO folgende ausnahmsweise zulässige Nutzungen nicht zulässig:
 - Gartenbaubetriebe
 - Tankstellen
2. Im allgemeinen Wohngebiet (WA) sind gemäß § 9 [1] Nr. 6 BauGB bei Einzelhäusern je angefangene 500 qm Baugrundstück eine Wohneinheit und bei Doppelhäusern je angefangene 400 qm eine Wohneinheit zulässig.
3. Die Überschreitung der festgesetzten Grundflächenzahl gemäß § 19 [4] BauNVO ist im allgemeinen Wohngebiet (WA) um bis zu 30% zulässig.
4. Im allgemeinen Wohngebiet gilt gemäß § 22 [2] BauNVO die abweichende Bauweise. Es sind Gebäudelängen bis maximal 20 m zulässig. Die Abstände der baulichen Anlagen untereinander regeln sich entsprechend der offenen Bauweise. Im Allgemeinen Wohngebiet (WA) sind nur Doppel- und Einzelhäuser zulässig.
5. Gemäß § 16 [2] BauNVO wird bestimmt, daß die maximale Gebäudehöhe im festgesetzten allgemeinen Wohngebiet maximal 8,50 m betragen darf. Bezugspunkte sind die Oberkante des Gebäudes und die der Erschließung des Grundstücks dienende private Straßenverkehrsfläche, gemessen jeweils in der Fahrbahnmitte und der Gebäudemitte.

Hinweise

- 1) Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nds. Denkmalschutzgesetzes (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Bezirksregierung Weser-Ems, Dezernat 406 – Archäologische Denkmalpflege - oder der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeit gestattet.
- 2) Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf Altablagerungen bzw. Altstandorte zutage treten, so ist unverzüglich die Untere Abfallbehörde zu benachrichtigen.
- 3) Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen.
- 4) Das geplante Wohngebiet verfügt über keine ausreichende Wendemöglichkeit für Müllfahrzeuge. Daher ist an der nächstgelegenen anzufahrenden Straße (Sandkuhlenweg) eine Müllsammelstelle einzurichten.

Bebauungsplan Nr. 72 „Sandkuhlenweg, Loyerberg“ der Gemeinde Rastede

Abwägungstabelle zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Nr.	Träger	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
1	Straßenbauamt Oldenburg Postfach 2443 26014 Oldenburg	28.11.2003	Gegen die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 72 bestehen weiterhin keine Bedenken, da Belange des Straßenbauamtes nicht berührt werden.		Nein
2	Deutsche Telekom T-Com 26119 Oldenburg	03.12.2003	Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie zur Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Planbereich der Deutsche Telekom AG Technikniederlassung Oldenburg Bezirksbüro Netze 21 Oldb 26119 Oldenburg so früh wie möglich angezeigt werden.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Nein
3	E.ON Netz GmbH Netzzentrum Oldenburg Weißenmoorstraße 114 a 26125 Oldenburg	03.12.2003	Ihre Planung berührt keine von uns wahrzunehmenden Belange. Es ist keine Planung von uns eingeleitet oder beabsichtigt. Wir bitten Sie zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand uns an diesem Verfahren nicht mehr zu beteiligen	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Nein
4	Kabel Niedersachsen/Bremen GmbH & Co KG Postfach 3260 30032 Hannover	15.12.2003	Wir bedanken uns für die Information über die Planung vom 19.11.03. Zur o.a. Planung haben wir bereits am 17.10.03 Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	Nein

Bebauungsplan Nr. 72 „Sandkuhlenweg, Loyerberg“ der Gemeinde Rastede

Abwägungstabelle zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Nr.	Träger	Datum	Anregungen	Abwägungsvorschlag	Änderung
5	OOWV Postfach 1363 26913 Brake	27.11.2003	In unserem Schreiben vom 09.10.2003 – Tla-698/03/Go – haben wir bereits eine Stellungnahme abgegeben. Bedenken und Anregungen werden daher, soweit unsere Hinweise beachtet werden, nicht mehr vortragen.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	Nein
6	Landkreis Ammerland - Amt für Kreisentwicklung -	22.12.2003	Der Landkreis Ammerland nimmt Bezug auf das dortige Schreiben vom 19.11.2003 und teilt zu vorgenanntem Bebauungsplan folgendes mit: Die Unteren Naturschutzbehörde weist darauf hin, dass die fehlenden Kompensationswerteinheiten im Flächenpool der Gemeinde nachgewiesen werden sollen. Wir bitten daher vor Satzungsbeschluss um Übersendung einer aktuellen Übersicht über das Ökokonto der Gemeinde. Da sich die B 211 in unmittelbarer Nähe des Plangebietes befindet, empfehlen wir zur Abrundung der Abwägung eine Ergänzung der Begründung aus immissionsschutzrechtlicher Sicht, hier Verkehrslärm.	Die Anregung wird berücksichtigt. Die Gemeinde wird der Unteren Naturschutzbehörde einen aktuellen Auszug über das Ökokonto zusenden. Das Baugebiet befindet sich in einer Entfernung von ca. 130 m zur B 211. Die B 211 einschließlich der angrenzenden Bebauung liegt auf einem wesentlich höheren Geländeniveau als das Baugebiet, so dass aufgrund der Lage und der relativ dichten Einfamilienhausstruktur entlang der B 211, durch die eine schallabschirmende Wirkung bewirkt wird, eine wesentliche Beeinträchtigung der Neubebauung nicht zu erwarten ist.	Nein Nein
7	Landwirtschaftskammer Weser-Ems Postfach 1343 26643 Westerstede	19.11.2003	Gegen die o. g. Planung bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.		Nein

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2004/018

freigegeben am 28.01.2004

GB 3

Sachbearbeiter/in: Zech, Guido

Datum: 28.01.2004

2. Änderung Bebauungsplan Nr. 52 - Leuchtenburg Domsheide mit Aufhebung örtlicher Bauvorschriften

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	17.02.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	17.02.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Anregungen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage, sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 19.01.2004 und der Sitzung des Rates vom 17.02.2004 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 52 „Leuchtenburg – Domsheide“ werden die bisher gültigen örtlichen Bauvorschriften aufgehoben.
4. Die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 52 – Leuchtenburg Domsheide mit Aufhebung der örtlichen Bauvorschriften nebst Begründung wird als Satzung beschlossen.
5. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorzunehmen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hat in seiner Sitzung am 27.01.2004 die erneute Beteiligung der durch die Änderung des Grünstreifens an der südwestlichen Grundstücksseite betroffenen Anwohner beschlossen.

Die Beteiligung dieser Bürger wird gemäß den gesetzlichen Vorschriften am 16.02.2004 abgeschlossen sein.

Beteiligt wurden:

1. Eheleute Witte, künftiger Eigentümer Domsheide 25
2. Eheleute Fissek, Domsheide 25
3. Eheleute La Grange, Bei der Landwehr 7
4. Eheleute Gottberg, Bei der Landwehr 5

Andere Bürgerinnen und Bürger sind durch die geänderte Planung nicht betroffen.

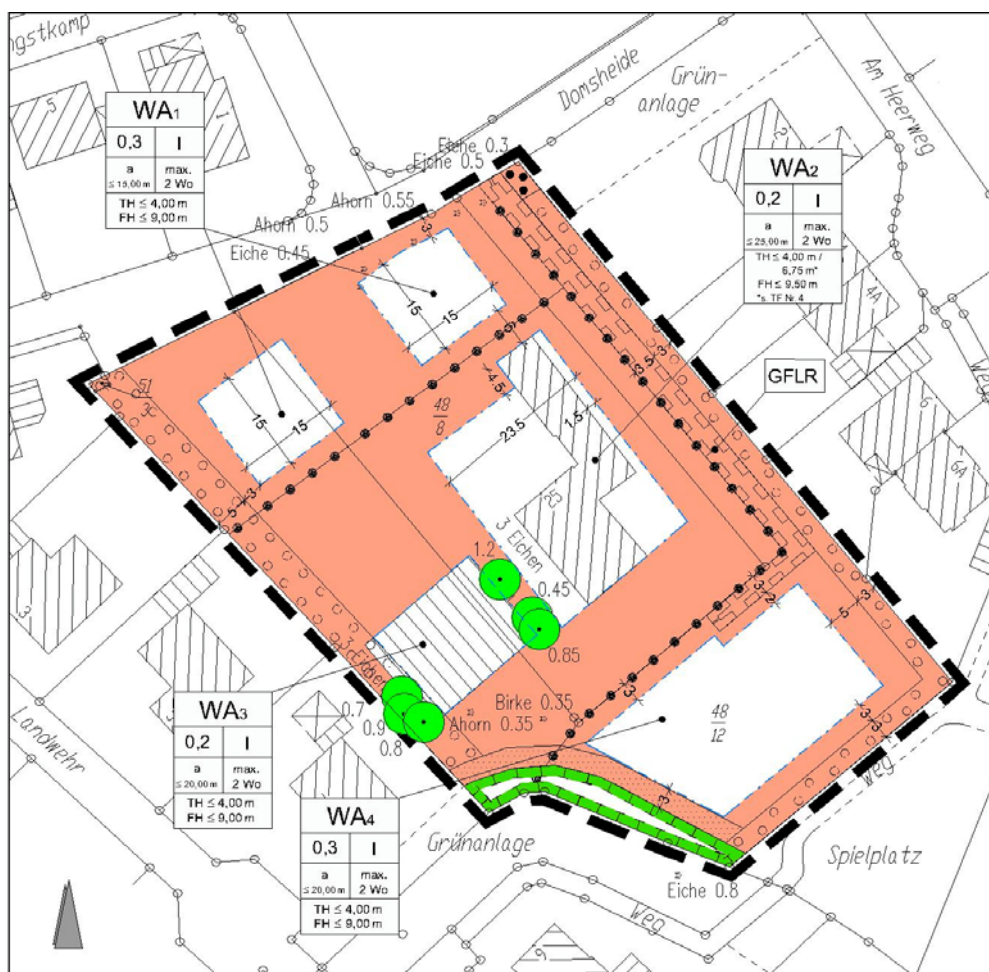
Aus terminlichen Gründen wird auf eine erneute Beratung im Ausschuss für Bauen, Planen, Umwelt und Straßen verzichtet. Über das Ergebnis der erneuten Beteiligung wird daher in der Sitzung des Verwaltungsausschusses bzw. des Rates am 17.02.2004 berichtet, so dass der Rat in dieser Sitzung den Satzungsbeschluss fassen kann.









Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Planzeichenerklärung
3. Abwägungsvorschlag der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
4. Tischvorlage (wird in der Sitzung verteilt): Abwägung der erneuten öffentlichen Auslegung



Planzeichenerklärung	
1. Art der baulichen Nutzung	
	Allgemeines Wohngebiet (WA)
max. 2 Wo	Anzahl der Wohnungen in Wohngebäuden (s. TF Nr. 6)
2. Maß der baulichen Nutzung	
0,3	Grundflächenzahl (GRZ) z. B. 0,3
I	Zahl der Vollgeschosse, z. B. II
TH ≤ 4,00 m	maximal zulässige Traufhöhe ≤ 4,00 m (Bezugspunkte s. TF Nr. 3)
FH ≤ 9,00 m	maximal zulässige Firsthöhe ≤ 9,00 m (Bezugspunkte s. TF Nr. 3)
3. Bauweise, Baugrenzen	
a	abweichende Bauweise (s. TF Nr. 7)
---	Baugrenze
4. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	
	Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
	Flächen zur Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
	Erhalt von Einzelbäumen
5. Sonstige Planzeichen	
	mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu Gunsten der Anlieger zu belastende Flächen
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
	Unzulässigkeit von Garagen und Stellplätzen (§ 12 BauNVO) sowie von Nebenanlagen (§ 14 BauNVO) s. TF Nr. 8)
<p align="center">Gemeinde Rastede Bebauungsplan Nr. 52 - 2. Änderung "Leuchtenburg - Domsheide" mit Aufhebung der örtlichen Bauvorschriften</p>	
<p align="right">Januar 2004</p>	
<p>Diekmann & Mosbach "Representing Built and unbuilt structures" Consulting and Project Management</p> <p>Ordnungszug 0-100/10 20100 Talsiedle Tel.: 04402/ 91 10 20 Fax: 04402/ 91 10 21</p>	

GEMEINDE RASTEDE

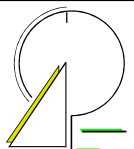
Landkreis Ammerland

2. Änderung Bebauungsplan Nr. 52 „Leuchtenburg-Domsheide“

öffentliche Auslegung
(§ 3 (2) BauGB)

ABWÄGUNGSVORSCHLÄGE

Januar 2004



Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden keine Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. E.ON Netz GmbH
Regionalzentrum Nord - Leitungen
Eisenbahnlängsweg 2a
31275 Lehrte
2. Straßenbauamt Oldenburg
Kaiserstraße 27
26122 Oldenburg
3. Deutsche Telekom AG, T-Com
Technik Niederlassung Oldenburg
Poststraße 1-3
26122 Oldenburg
4. Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband (OOWV)
Georgstraße 4
26919 Brake

Träger öffentlicher Belange

von folgenden Stellen wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

1. Landkreis Ammerland
Ammerlandallee 12
26655 Westerstede
2. Kabel Niedersachsen / Bremen GmbH & Co. KG
Nessestraße 1a
26789 Leer

Anregungen		Abwägungsvorschläge
Landkreis Ammerland Ammerlandallee 12 26655 Westerstede		
<p>Der Landkreis Ammerland nimmt Bezug auf das dortige Schreiben vom 19.11.2003 und teilt zu vorgenanntem Bebauungsplan mit, dass Anregungen seitens des Landkreises Ammerland nicht bestehen.</p> <p>Der Abfallwirtschaftsbetrieb bittet jedoch um Berichtigung des Punktes 5.0 Abfallbeseitigung in der Begründung. Die Abfallentsorgung erfolgt durch den Landkreis Ammerland.</p>		<p>Dem Hinweis wird gefolgt, der Punkt 5.0 der Begründung wird entsprechend ergänzt.</p>
Kabel Niedersachsen / Bremen GmbH & Co. KG Nessestraße 1a 26789 Leer		
<p>Wir bedanken uns für die Information über die Planung vom 01.12.03. Zur o. a. Planung haben wir bereits am 08.11.01 Stellung genommen. Diese Stellungnahme gilt unverändert weiter.</p>		<p>Die angesprochene Stellungnahme aus dem Jahr 2001 erfolgte im Rahmen der 1. Änderung des Bebauungsplanes (Sammeländerung D). Hier wurden keine Anregungen vorgebracht.</p>

Anregungen von Bürgern

von folgenden Bürgern wurden Anregungen in der Stellungnahme vorgebracht:

Gemeinschaftliche Stellungnahme:

Helga + Egon Düser, Am Heerweg 6, 26180 Rastede

Marion + Karsten Timmerevers, Am Heerweg 4, 26180 Rastede

Sylvia + Volker Kind, Am Heerweg 4a, 26180 Rastede

Astrid + Marco Vogt, Am Heerweg 6a, 26180 Rastede

Gerold und Silke La Grange

Bei der Landwehr 7

26180 Rastede

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>Helga + Egon Düser, Am Heerweg 6 Marion + Karsten Timmerevers, Am Heerweg 4 Sylvia + Volker Kind, Am Heerweg 4a Astrid + Marco Vogt, Am Heerweg 6a</p>	
<p>Wir, die Unterzeichner, legen hiermit Einspruch gegen den oben genannten B-Plan ein. Einspruchsgründe:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erschließung der hinteren Wohneinheiten entlang der östlichen Grundstücksgrenze 2. Traufhöhe von 6,75 m am Hauptgebäude. <p>Begründung:</p> <p>Zu 1. Bei unserer Bebauung wurde die Erhaltungswürdigkeit des Hauses auf dem jetzt überplanten Grundstück festgestellt. Wir mussten entsprechenden Abstand von der Grundstücksgrenze einhalten und ein 3,00 m breiter Pflanzstreifen an der Grundstücksgrenze wurde im B-Plan festgeschrieben. Wir haben Alle unsere Ruhezone nach dieser Grundstücksgrenze ausgerichtet.</p> <p>Da der B-Plan im hinteren Bereich auf Grund der überbaubaren Fläche, bis zu 8 Wohneinheiten zulässt (8 WE mit je 2 Autos = ca. 50-80 Fahrten / Tag) sehen wir uns mit der geplanten Erschließung entlang der östlichen Grundstücksgrenze in unserer Ruhe und Intimsphäre massiv gestört. Mit dieser Erschließung werden städtebauliche Spannungen in unsere Ruhezone getragen. Hier geht die Erschließung einzig und alleine zu Lasten der Werte und Nutzungsstrukturen der Nachbarn! Wir fordern, die Erschließung der hinteren Wohneinheiten zentral zu regeln.</p>	<p>Zu 1. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 52 wurde die vorhandene Hofsituation auf dem Flurstück 48/8 bzw. 48/12 ausschließlich in ihrem Bestand gesichert und eine entsprechende überbaubare Grundstücksfläche festgesetzt. Das Gebäude wird nicht im Verzeichnis der Baudenkmale geführt und unterliegt nicht der Erhaltungspflicht des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes.</p> <p>Ziel der vorliegenden Bebauungsplanänderung ist es, innerhalb des mit WA2 gekennzeichneten Bereiches ein konkretes Bauvorhaben in Form eines Wohnhauses zu realisieren. Um eine optimale Ausnutzung der Fläche im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden zu ermöglichen, wurden im nördlichen und südlichen Bereich weitere, optional zu sehende Baumöglichkeiten über die Anordnung von Baufenstern geschaffen. Eine Realisierung ist kurzfristig nicht zu erwarten, da der gesamte Geltungsbereich einem Eigentümer unterliegt und insbesondere die rückwärtigen Bauflächen die Wohn- und Freibereiche des anstehenden Bauvorhabens unmittelbar berühren.</p> <p>Die Erschließung des mittleren und des nördlichen Bereiches (WA1, WA2, WA3) wird zentral, ausgehend von der Straße „Domsheide“, vorgesehen. Für den südlich liegenden, rückwärtigen Bereich wird die Erschließung über eine im Osten liegende, separate Zuwegung gesichert, die im Be</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
	<p>bauungsplan als mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Fläche festgesetzt wird, eine zentrale Erschließung ist hier auf Grund der vorhandenen und geplanten Bebauungsstruktur auf dem Grundstück nicht möglich und auch nicht sinnvoll. Entsprechend den textlichen Festsetzungen Nr. 6 und 7, der festgesetzten Grundflächenzahl und der überbaubaren Grundstücksfläche wird innerhalb des mit WA4 gekennzeichneten Bereiches die Anlage von max. 4 Wohneinheiten ermöglicht. Zur Ermittlung der maximalen Belastung der benachbarten Wohnnutzung wird demnach von vier Wohneinheiten mit durchschnittlich 1,1 PKW (DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG: Ergebnistelegamm Mobilität in Deutschland 2002) ausgegangen. Bei durchschnittlich 3,2 PKW-Fahrten pro PKW-Besitzer und Tag (Allgemeine Grundlagen der Verkehrsplanung, http://www.tfh-berlin.de/gunther/vw1kap1.htm) ergeben sich insgesamt 14 Fahrten pro Tag. Von einer unzumutbaren Belastung der Anwohner ist demnach nicht auszugehen, zumal hier nur sehr geringe gefahrene Geschwindigkeiten zu erwarten sind. Darüber hinaus sind innerhalb eines allgemeinen Wohngebietes Verkehrsbewegungen einer gewissen Größenordnung zu erwarten und auch hinzunehmen.</p> <p>Weiterhin wird bereits im Ursprungsplan östlich der Grenze des aktuellen Änderungsbereiches innerhalb des allgemeinen Wohngebietes an der Straße „Am Heerweg“ eine Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern auf einer Tiefe von 5,00 m festgesetzt. Im Rahmen der 2. Änderung wird westlich hiervon innerhalb des Änderungsbereiches zusätzlich eine Fläche mit einer Breite von 3,00 m angeordnet, so dass hier entsprechend den Aussagen der rechtskräftigen verbindlichen Bauleitplanung eine Baum-Strauch-Hecke in einer Gesamtbreite von 8,00 m zu entwickeln ist. Diese stellt einen ausreichenden optischen Schutz der rückwärtig angeordneten Ruhezonen vor eventuell zu erwartenden Verkehrsbewegungen dar.</p> <p>Städtebauliche Spannungen bzw. Fehlentwicklungen werden durch die Bebauungsplanänderung nicht vorbereitet. Vielmehr wäre in diesem Bereich zur Anpassung an die umliegenden Siedlungsstrukturen und im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Grund und Boden auch eine weitergehende Verdichtung, z. B. in Form einer Kettenhausbebauung, denkbar, die jedoch hinsichtlich der besonderen städtebaulichen Situation auf dem Grundstück sowie dem geplanten Bauvorhaben vermieden werden soll. Ein Anspruch der Anwohner auf den Erhalt der lockeren Bebauungssitua</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>Zu 2. Die geplante Traufhöhe von 6,75 m entspricht nicht dem Gleichheitsprinzip mit den umliegenden B-Plänen. Da in dem B-Plan 52, wie auch in den umliegenden B-Plänen, die eingeschossige Bauweise Pflicht ist, haben wir Bedenken, dass mit der genehmigten Traufhöhe von 6,75 m dieses umgangen wird (wer kontrolliert diese?!). Außerdem sind wir der Meinung, dass hier die Rücksicht auf die Nachbarschaft, wie auch mit der unter 1 genannten Erschließung, nicht eingehalten wird. Wir sehen auch hier einen massiven Eingriff in unsere Werte und Nutzungsstrukturen. (Einblick in unsere Ruhezone usw.).</p>	<p>tion innerhalb der verdichteten Siedlungsstrukturen besteht nicht, zumal dieser dem ehemaligem landwirtschaftlichen Betrieb bei Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 52 ebenfalls nicht eingeräumt werden konnte.</p> <p>Zu 2. Das Flurstück 48/8 bzw. 48/12 nimmt auf Grund der vorhandenen Flächen- und Gebäudestruktur eine städtebauliche Sonderstellung ein, die bereits im Ursprungsplan berücksichtigt wurde. Der dort vorhandene bauliche Bestand (Schuppen, Remise) weist bereits eine Traufhöhe auf, die deutlich über der im übrigen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 52 festgesetzten Traufhöhe von 4,00 m liegt. Die Zulässigkeit einer Traufhöhe von 6,75 m auf 50 % der Gesamttraufseiten je Gebäude innerhalb des zentralen Bereiches (WA2) führt dementsprechend zu keiner städtebaulichen Fehlentwicklung und verletzt nicht den Grundsatz der Gleichbehandlung. Zudem wird in den übrigen Bereichen (WA1, WA3, WA4) die zulässige Traufhöhe mit 4,00 m festgesetzt und somit den umliegenden Bereichen angepasst. Die Einhaltung der zulässigen eingeschossigen Bauweise wird im Bauantragsverfahren bzw. dem Anzeigeverfahren geprüft. Einblicke in die an das Flurstück angrenzenden Ruhezonen sind auf Grund der Abstände der überbaubaren Grundstücksflächen von der Flurstücksgrenze sowie der anzulegenden Baum-Strauch-Hecke nicht zu erwarten.</p>
<p>Gerold und Silke La Grange Bei der Landwehr 7 26180 Rastede</p>	
<p>Hiermit legen wir Einspruch gegen den vorgenannten Bebauungsplan Nr. 52 ein.</p> <p>Gründe:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auf der Südwestseite des Grundstückes ist der fünf Meter breite Pflanzstreifen nicht durchgängig. 2. Auf der mit WA3 bezeichneten Fläche ist generell eine Traufhöhe von bis zu 5 Metern vorgesehen. <p>Dadurch wird die Bebauung mit einem Wohngebäude bis auf 3 Meter an unsere Grundstücksgrenze heran möglich, und zwar mit einer Traufhöhe</p>	<p>Die Hinweise der Bürgerin bzw. dem Bürger werden zur Kenntnis genommen. Zukünftig wird die Traufhöhe innerhalb des mit WA3 gekennzeichneten allgemeinen Wohngebietes auf max. 4,00 m entsprechend den Aussagen des Ursprungsplanes festgesetzt. Das Gebäude innerhalb dieser überbaubaren Grundstücksfläche mit einer teilweisen Traufhöhe von $\geq 4,00$ m genießt Bestandsschutz. Die Anordnung der überbaubaren Grundstücksfläche bis zu einem Abstand von 3,00 m zur Grundstücksgrenze entspricht den Festsetzungen des Ursprungsplanes (Bebauungsplan Nr. 52). Die Anordnung eines Hauptgebäudes war demnach auch vor Aufstellung der Bebauungsplanänderung zulässig.</p>

Anregungen von Bürgern	Abwägungsvorschläge
<p>von 5 Metern. Dies widerspricht dem bisherigen Bauzustand auf der WA3 in erheblichem Umfang: Aufgestellt ist dort derzeit ein Nebengebäude. Dabei handelt es sich um einen in Längsrichtung zur Straße Domsheide verlaufenden, ca. 10 Meter langen Garagentrakt, der an seiner Vorderseite eine Traufhöhe von etwa 3 Metern und an der rückwärtigen Seite gar nur eine Traufhöhe von etwa 2 Metern hat. Erst daran schließt sich zur Grundstücksmitte ein rechtwinklig aufgestellter Trakt in Holzbauweise an, dessen Aufmaß der Traufhöhe größer ist. Es ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, weshalb nunmehr auf der WA3 die Bebauung mit einem Hauptgebäude bis auf 3 Meter an die Grundstücksgrenze zulässig sein soll und dabei die vorgesehene generelle Traufhöhe von 5 Metern eine doppelgeschossige Bauweise zulässt. Der bisherige Ruhebereich auf der Rückseite unseres Hauses wird damit in massiver Form gestört!</p> <p>Es ist bekannt, dass das gesamte Areal von privater Hand (Familie Fissek) an eine Privatperson veräußert wurde. Es ist daher mit Sicherheit zu befürchten, dass das Gelände zukünftig aus finanziellen Ertragsgründen in maximaler Bauweise ausgenutzt wird! Eindeutige Anzeichen sind dafür</p> <ul style="list-style-type: none"> a) die vorbenannte Erhöhung des Bauvolumens auf der WA3, b) die bis auf 50 % zulässige Überschreitung der Bauweise mit einer Traufhöhe von 4 Metern bis auf 6,75 Meter auf der WA2 und c) die zusätzlichen Bauteppiche mit den Bereichen der WA1 und WA4. <p>Den Bauherren der benachbarten Areale wurden 1998 strenge Auflagen gemacht. Eine Überschreitung der Traufhöhe von 4 Metern war dabei nicht zulässig. Es sollte der dörflich-ländliche Charakter in der Bebauung der Ortschaft Leuchtenburg erhalten bleiben. Der Maßstab hatte für uns durchaus seine Berechtigung, zumal das Grundstück der Familie Fissek mit einem älteren Fachwerk-Bauernhaus bebaut ist. Diese Maßstäbe sollen nunmehr offenbar absolut keine Gültigkeit mehr haben. Es werden dem privaten Neuerwerber Bauzugeständnisse gemacht, die einer Gleichbehandlung der benachbarten Bürger widersprechen. Wir möchten erwirken, dass der benannte 5 Meter breite Pflanzstreifen durchgängig aufgenommen und die Traufhöhe zumindest auf der WA3 auf 4 Meter begrenzt wird. Wir erbitten die Zusendung eines klagefähigen Bescheides zu unserem Einspruch.</p>	<p>Eine durchgängige Festsetzung des angesprochenen Pflanzstreifens ist auf Grund des Gebäudebestandes, der in diesem Bereich bis auf 3,00 m an die Grundstücksgrenze heranrückt sowie der hier vorhandenen, großen Einzelbäume nicht sinnvoll bzw. auch nicht möglich. Durch die in der rechtskräftigen verbindlichen Bauleitplanung (Bebauungsplan Nr. 52) festgesetzten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern innerhalb des allgemeinen Wohngebietes an der Straße „Bei der Landwehr“ auf einer Breite von 5,00 m wird eine ausreichende Abgrenzung der Grundstücke untereinander gewährleistet. Die Festsetzung der Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern innerhalb des Geltungsgebietes erfolgt u. a. zur Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft.</p> <p>Des Weiteren wird auf den Abwägungsvorschlag zur Stellungnahme der Eheleute Düser, Timmerevers, Kind und Vogt (s. o.) verwiesen. Hier wird verdeutlicht, dass auf Grund der Eigentumsverhältnisse und dem konkreten Bauvorhaben die maximale Ausnutzung des Grundstückes nicht zu erwarten ist. Zudem wird durch die maßvolle Verdichtung und geringfügige Erhöhung der Traufhöhe innerhalb des besiedelten Bereiches keine städtebauliche Fehlentwicklung vorbereitet. Der ländlich geprägte Charakter bleibt erhalten. Ein Anspruch der Anwohner auf die Erhaltung der derzeitigen Gebäude- und Freifächensituation innerhalb des Geltungsgebietes der Bebauungsplanänderung besteht nicht.</p>

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2003/307**

freigegeben am 30.12.2003

GB 1

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 30.12.2003**Besetzung einer Stelle für eine hauptamtliche Frauenbeauftragte****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	10.02.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	17.02.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:**Gegenwärtige Situation:**

In der Zeit vom 01.04.2000 bis zum 09.07.2003 war Frau Bode-Wilbers hauptamtlich beschäftigte Frauenbeauftragte bei der Gemeinde Rastede. Seit dem ist die Funktion der Frauenbeauftragten bei der Gemeinde Rastede nicht besetzt. Von einer sofortigen Wiederbesetzung wurde zunächst abgesehen, um die Entwicklung der Einwohnerzahlen abzuwarten. Nachdem jetzt die amtliche Einwohnerzahl zum 30.06.03 bekannt gegeben worden ist, wird nunmehr von einer dauerhaften Überschreitung der Grenze von 20.000 Einwohnern ausgegangen.

Jahr	Einwohner
1999	20.020
31.12.1999	20.029
30.06.2000	20.002
31.12.2000	20.008
30.06.2001	19.964
31.12.2001	19.876
30.06.2002	19.967
31.12.2002	20.035
30.06.2003	20.053

Der z.Zt. noch unveränderten gesetzlichen Pflicht aus § 5 a NGO folgend, müsste die Stelle einer hauptamtlich beschäftigten Frauenbeauftragten mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Arbeitskraft zum nächstmöglichen Zeitpunkt ausgeschrieben werden, wobei eine Bezahlung nach der Vergütungsgruppe IV b BAT erfolgen würde.

Wichtig ist es, darauf hinzuweisen, dass neben der Berufung zur Frauenbeauftragten mit ihr

ein Arbeitsvertrag auf der Grundlage des BAT geschlossen werden muss.

Es kann davon ausgegangen werden, dass im Falle der Einstellung einer hauptamtlichen Frauenbeauftragten diese keine Verwaltungsfachkraft sein wird. Sollte sich die durch § 5 a NGO formulierte Rechtslage ändern (siehe aktuelle Diskussion), würde die Gemeinde zumindest vor der Frage stehen und sie beantworten müssen, ob an der hauptamtlichen Weiterbeschäftigung festgehalten werden soll, muss oder kann. Die Abberufung als hauptamtlich beschäftigte Frauenbeauftragte hat nämlich nicht zur Folge, dass auch das arbeitsrechtliche Grundverhältnis ohne weiteres beendet werden könnte.

Beurteilung der Situation:

Es ist davon auszugehen, dass im Herbst 2004 vom Landtag entschieden wird, ob und inwieweit der § 5 a NGO geändert wird. Es steht zu vermuten, dass Gemeinden mit 20.000 Einwohnern die Möglichkeit eröffnet wird, auch eine Frauenbeauftragte ehrenamtlich zu beschäftigen.

Die Gemeinde sollte deshalb die Option wahrnehmen, zunächst eine mögliche Änderung der Rechtssituation abzuwarten, um dann in Kenntnis aller Umstände eine sachgerechte Entscheidung zu treffen, zumal ein heute zu beginnendes Ausschreibungs- und anschließendes Auswahl- und Einstellungsverfahren voraussichtlich zu einer Einstellung nicht vor der zweiten Jahreshälfte führen würde und damit eine im Ergebnis für alle Beteiligten unbefriedigende Situation erzeugen würde.

Aus den v.g. Gründen ist zu empfehlen für die Entscheidung über die Beschäftigung einer Frauenbeauftragten das Ergebnis des Gesetzgebungsverfahrens abzuwarten. Dies ist das Ergebnis einer nachvollziehbaren Abwägungsüberlegung, die auch gegenüber der Kommunalaufsicht vorzutragen wäre.

In der bisherigen Diskussion bestand allerdings auch ein deutlicher Konsens dahingehend, dass im Falle der Nichtveränderung der Rechtssituation bis zum Ende dieses Jahres unverzüglich das Einstellungsverfahren eingeleitet wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Die jährlichen Kosten einer Halbtagsstelle bei einer Vergütung nach BAT IVb unter der Voraussetzung, dass die einzustellende Kraft 30 Jahre alt und verheiratet ist sowie zwei Kinder hat, betragen 24.113 Euro.

Die Einstellung einer ehrenamtlich tätigen Frauenbeauftragten verursacht Kosten in Höhe von ca. 5.400 Euro jährlich.

Anlagen:

Keine

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2004/002 A**

freigegeben am 27.01.2004

GB 1

Sachbearbeiter/in: Frau Steusloff

Datum: 26.01.2004**1. Satzung zur Änderung der Satzung über den Ersatz von Auslagen und Verdienstausfall sowie über Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und sonstige in der Gemeinde ehrenamtlich tätige Personen****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
N	27.01.2004	Verwaltungsausschuss
Ö	17.02.2004	Rat

Beschlussvorschlag:

Die der Beschlussvorlage 2004/002 A beigefügte 1. Satzung zur Änderung der „Satzung der Gemeinde Rastede über den Ersatz von Auslagen und Verdienstausfall sowie über Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und sonstige in der Gemeinde ehrenamtlich tätige Personen“ wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Die Vorlage 2004/002 muss um folgende Änderung ergänzt werden.

Zusätzliche Aufwandsentschädigungen für den/der ersten und zweiten stellv. Bürgermeister/in, die Fraktionsvorsitzenden und die Beigeordneten (§ 3 Abs. 2)

Durch den Wegfall des noch in § 3 Abs. 1 der Satzung unter Buchstabe a) genannten ehrenamtlichen Bürgermeisters ändert sich die Gliederung der einzelnen Positionen in dem Absatz a). Demzufolge muss es in § 3 Abs. 2 Satz 1 u. 2, der auf den ersten Absatz Bezug nimmt, der Satzung nicht mehr „Abs. 1 a)-d)“ sondern „Abs. 1 a)-c)“ lauten.

Fahrtkosten (§ 11 Abs. 1)

Die Einführung des hauptamtlichen Bürgermeisters macht eine Änderung des § 11 Abs. 1 der Satzung erforderlich. Der Buchstabe a) mit dem Inhalt

„a) der Bürgermeister (bis 28.02.2003) 77,00 €“

entfällt.

Die geänderte Fassung lautet wie folgt:

Für Fahrten innerhalb der Gemeinde Rastede erhalten die beiden stellv. Bürgermeister folgende monatliche Pauschalbeträge:

- | | |
|----------------------------------|---------|
| a) erster stellv. Bürgermeister | 38,00 € |
| b) zweiter stellv. Bürgermeister | 31,00 € |

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. Satzung zur Änderung der „Satzung der Gemeinde Rastede über den Ersatz von Auslagen und Verdienstausschlag sowie über Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und sonstige in der Gemeinde ehrenamtlich tätige Personen“.

1. Satzung
zur Änderung der Satzung der Gemeinde Rastede über den Ersatz von Auslagen und
Verdienstaufschlag sowie über Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder und
sonstige in der Gemeinde ehrenamtlich tätige Personen

Aufgrund der § 6, 29, 39 und 51 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. August 1996 (Nds. GVBl. S. 382), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 27.01.2003 (Nds. GVBl. S. 36), hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung am folgende Satzung beschlossen.

§ 1

§ 2 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

Die Ratsmitglieder erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 239,00 €.

§ 2

(1) § 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Neben dem Betrag nach § 2 dieser Satzung werden monatlich folgende zusätzliche Aufwandsentschädigungen gezahlt:

- | | |
|---|----------|
| a) an den ersten stellv. Bürgermeister | 359,00 € |
| b) an den zweiten stellv. Bürgermeister | 239,00 € |
| c) an Mitglieder des Verwaltungsausschusses | 239,00 € |
| d) an Fraktionsvorsitzende | 359,00 € |

(2) § 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

Vereinigt ein Ratsmitglied mehrere der in Abs. 1 a-c) genannten Funktionen auf sich, so erhält er von den zusätzlichen Aufwandsentschädigungen nur die jeweils höchste. Nimmt ein Ratsmitglied zu einer der in Abs. 1 a-c) genannten Funktionen die Funktion des Fraktionsvorsitzenden ein, so wird hierfür seine Aufwandsentschädigung um 7/10 des Betrages für Fraktionsvorsitzende erhöht.

§3

§ 7 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt geändert:

Die Entschädigung wird jeweils zum letzten Tag eines Monats des laufenden Jahres gezahlt.

§ 4

§ 11 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Für Fahrten innerhalb der Gemeinde Rastede erhalten die beiden stellv. Bürgermeister folgende monatliche Pauschalbeträge:

- | | |
|----------------------------------|---------|
| a) erster stellv. Bürgermeister | 38,00 € |
| b) zweiter stellv. Bürgermeister | 31,00 € |

§ 5

Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.01.2004 in Kraft.

Rastede,

Decker
-Bürgermeister-